

# Um politische Bildung bemüht

Mödlareuth - ein historischer Ort an der thüringisch-bayerischen Grenze

Seit dem 16. Jahrhundert war Mödlareuth ein Ort zwischen Bayern und Thüringen mit eher ruhiger Geschichte. Einschneidend allerdings erlebte man hier die Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit, als nicht mehr nur der Tannbach, sondern zuerst ein Bretterzaun und dann eine Betonmauer nach Berliner Vorbild die beiden Ortshälften trennte.

Mödlareuth ist Ort einer gegückten Flucht mit der Leiter über die Mauer und Ort vieler Geschichten von Einwohnern, die sich mit der Grenze und dem Grenzregime verbinden.

Die LINKEN Landtagsabgeordneten Knut Korschewsky und Ralf Kalich informierten sich am 19. August über die Arbeit des deutsch-deutschen Museums Mödlareuth, das am authentischen Ort Hintergründe und Auswirkungen der machtpolitischen Teilung Deutschlands und Europas im Kalten Krieg beleuchtet.

Immer mal wieder ist das Museum Stätte wichtiger politischer Auftritte: zum 20. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung sammelte sich hier die bayerische und thüringische Politprominenz, wobei der Ausbau Mödlareuths zu einem europäischen Lernort angekündigt wurde. 2012 weihte der

bayerische Ministerpräsident in Anwesenheit des Geehrten einen Gedenkstein für Helmut Kohl ein. Jedes Jahr gibt es ein großes Deutschland-Treffen der CDU. Etwas abseits dieses politi-



schen Rummels zeigt sich das Museum heute um politische Bildung fleißig bemüht, von Aufmerksamkeit aber nicht eben verwöhnt. Über seine Perspektive kann derzeit kaum jemand etwas sagen, Potentiale, wie die reichhaltigen Archivbestände, sind weitgehend ungenutzt. Viel, so schätzt ein pädagogischer Mitarbeiter ein, könnte man bei mehr Unterstützung von hier aus noch leisten.

Es fehlt eine Cafeteria für Schulgruppen, und auch ein weiterer Vortragsraum wäre gut. Lehrerfortbildungen finden nur selten statt. Thematisch könnte man sich um Blicke auf das Le-

ben in der DDR erweitern. Doch für Erfurt ist Mödlareuth sehr weit weg, und auch der Freistaat Bayern hat seinen ehrgeizigen Ankündigungen keine Taten folgen lassen.

Knut Korschewsky und Ralf Kalich wollen nun etwas zur Bewegung beitragen. Denn eins ist klar: mit fortschreitender Entfernung von der Wiedervereinigung werden sowohl Fragen der nachwachsenden Generationen als auch das Interesse ausländischer Besucher an authentischen Orten zunehmen, an denen man etwas über die Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit erfahren kann. Und es wäre verhee-



rend, wenn hier die besonderen Eindrücke und Möglichkeiten, die Mödlareuth bietet, nicht zum Tragen kämen.

Dr. Steffen Kachel

## Vorwurf: Lieberknecht lässt Recht brechen, „um CDU Charakter hoheitlicher Staatspartei zu geben“

Vor nicht einmal vier Jahren verpflichtete sich Christine Lieberknecht namens der CDU Thüringen, auf die Nutzung einer abgewandelten Form des Thüringer Wappens für parteipolitische Zwecke zu verzichten. Inzwischen scheint diese Verpflichtung durch die CDU gebrochen worden zu sein. Das wäre zudem rechtswidrig. Bodo Ramelow kritisiert deshalb die „Allmachts- und Staatspartei-Allüren der CDU in Thüringen“.

Es handelte sich um einen höchst ungewöhnlichen Vorgang: Am 19. November 2009 wandte sich „Christine Lieberknecht MdL“ als CDU-Landesvorsitzende an den Thüringer Innenminister Peter Huber. Gegenüber dem Mitglied ihres Regierungskabinetts gab Lieberknecht „namens der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Landesverband Thüringen“ eine „Verbindliche Unterlassungserklärung“ ab: die CDU Thüringen verpflichte sich, auf die Nutzung des „CDU-Löwen“ zu verzichten.

Dieses Logo stellte eine abgewandelte Form des Thüringer Landeswappens dar. Und in der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Hoheitszeichen des Landes Thüringen heißt es in Paragraph 7: „Die Verwendung des Landeswappens oder von Teilen des Landeswappens durch Dritte ist verboten.“ Der Unterlassungserklärung der CDU-Landesvorsitzenden

und Ministerpräsidentin war ein Rechtsstreit mit den Freien Wählern vorangegangen, der bis zum Landesverfassungsgericht geführt wurde.

Vorwurf der Freien Wähler: die CDU missbrauche das Thüringer Landeswappen, indem sie es abgewandelt auf offiziellen Schreiben und Homepages verwende und es für Wahlkampf und Werbezwecke einsetze. Das sei unrechtmäßig, zudem benachteilige es andere Parteien im politischen Wettbewerb.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der Freien Wähler, Raban Graf von Westphalen, wandte sich schließlich mit einer neuerlichen Beschwerde an den ins Amt gekommenen Innenminister Huber – mit Erfolg: als Reaktion gab Lieberknecht wenige Tage später die Unterlassungserklärung ab.

Doch inzwischen findet sich wieder ein abgewandelter Thüringer Löwe auf der Homepage der CDU Thüringen und wird auch auf Drucksachen genutzt.

In einem Schreiben an die Ministerpräsidentin vom 15. August 2013 wirft Raban Graf von Westphalen ihr vor, „nach langen Jahren rechtswidrigen Gebrauchs der Hoheitszeichen durch die CDU Thüringen bis 2009 erneut vorsätzlich und wissend gegen Recht, Gesetz und Verfassung“ zu verstoßen.

Er wirft Lieberknecht vor, „die Würde der Thüringer Bürgerinnen und Bürger durch die Rechtsbeugung vorsätz-

lich (zu) verletzen, um der CDU den Charakter den Charakter einer hoheitlichen Staatspartei zu geben“.

Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, sieht in der erneuten Verwendung des Thüringer Löwen auf der Homepage des CDU-Landesverbandes einen klaren Bruch der von Lieberknecht eingegangenen Verpflichtung.

Er hält den Vorgang für empörend und wendet sich strikt gegen „diese Formen von Allmachts- und Staatspartei-Allüren der CDU in Thüringen“. Lieberknecht fehle offenbar die Kraft oder der politische Wille, gegenzusteuern. „Das kann nur noch durch den Wähler gestoppt werden“, so Bodo Ramelow, der eine parlamentarische Befassung ankündigt.

(sw)

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Pflicht zur Datensparsamkeit?

Hacker, die kundigen Anarchisten des Internet, haben es schon 2005 geahnt. Beim 22. Chaos Communication Congress in Berlin schätzte ein Aktivist ein, der Kampf um die bürgerrechtsfreundliche Gestaltung der Technik sei verloren: „Wir leben jetzt in der dunklen Welt der Scifi-Romane, die wir niemals wollten.“

Inzwischen, nach dem Prism-Schock, geben auch amtliche Datenschützer zu, dass sich „Big Data“, das Sammeln, Verfügbarmachen und Auswerten besonders großer Datenmengen im Internet, wohl nicht mehr stoppen lässt. Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter in Schleswig-Holstein: „Nein, die Technik ist vorhanden, die Verknüpfung ist vorhanden, die Speicherkapazitäten sind vorhanden. Man kann zwar versuchen, auf die Auswerter Einfluss zu nehmen, aber oft verweigern sie sich. Das sieht man jetzt ja bei der NSA, die sich rausredet, ohne wirklich die Hosen runter zu lassen.“

Und was nun, wenn unser „Recht auf Privatsphäre durch ein Supergrundrecht auf Sicherheit verdrängt wird“ (Weichert), wenn „der gesellschaftliche Schritt von der Strafverfolgung hin zur Überwachung“ (Piratenpartei) getan ist?

Die Piraten fordern ein „Recht auf Anonymität“ im Netz. Das klingt gut, erscheint aber illusionär. Wie sieht es mit der Pflicht zur Datensparsamkeit aus? Weichert bringt es auf den Punkt: Die Daten, die von einem selbst erst einmal im Internet seien, „hat der Einzelne nicht mehr unter Kontrolle“. Dafür, dass die Daten – Informationen, Fotos, Videos – überhaupt ins Internet gelangen, ist nicht selten jeder Nutzer selbst verantwortlich. Was muss ich wirklich bei Facebook & Co. öffentlich machen? Diese Frage sollten sich nicht zuletzt diejenigen stellen, für die das Internet und seine Untiefen immer noch „Neuland“ (Angela Merkel) sind.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.